

Rede zur aktuellen Stunde

Straftaten bei Mai-Krawallen entschlossen nachgehen - Gewalt gegen Polizisten stoppen

Wir kämpfen gegen jedweden Extremismus, ob von links oder rechts, aus der Mitte, von oben oder unten, Inländern oder Ausländern!

Unsere demokratische Gesellschaft und die politische Kultur unseres Landes zeichnen sich nach der Befreiung vom NS-Regime und der SED-Diktatur durch **zwei großartige Leistungen** aus:

- jedwede Gewaltanwendung wird aus der politischen Auseinandersetzung verbannt; **Argumente** und die Bildung friedlicher Mehrheiten, die sich an die Verfassung und die Gesetze halten, zählen, nicht das Recht des Stärkeren und
- das **staatliche Gewaltmonopol** liegt ausschließlich und ausnahmslos beim demokratischen Rechtsstaat; jeder der versucht, sich dieses Gewaltmonopol anzumaßen hat nicht die Freiheit sondern Unterdrückung, nicht die Demokratie sondern die Diktatur im Sinn!

Diese zwei großen Errungenschaften lassen wir uns von Extremisten nicht kaputt machen!

Rechtsextreme bestreiten diesen Fortschritt auf besondere Weise: Sie richten ihre Gewalt gegen Schwächere, gegen den politischen Gegner, gegen diejenigen, die sie für Andersartige erklären, und sie setzen ganz bewusst auf die Einschüchterung des normalen Bürgers, in dem sie ein Klima der Angst erzeugen.

Deswegen dürfen hier weder der Staat noch die Zivilgesellschaft zurückweichen!

Die neue Qualität des Rechtsextremismus unserer Gegenwart liegt in zwei Tendenzen begründet:

1. Die von ihm verursachte Kriminalität ist in NRW in den letzten Jahren signifikant gestiegen und hat in nur einem Jahr sprunghaft zugelegt.

Der Verfassungsschutzbericht für das Jahr 2008 spricht von einem

- Anstieg rechtsextremer Gewaltkriminalität um 25,7%
- Die Verstöße gegen das Versammlungsrecht haben sich sogar versechsfacht!

Dies ist der Punkt, wo Quantität in Qualität umschlägt, wo rechtsextreme Gewalt nicht länger als eine unliebsame Randerscheinung abgetan werden kann, mit der sich Polizei und Gerichte herumschlagen müssen.

2. Der Überfall auf den friedlichen Mai-Umzug des DGB in Dortmund stellt eine neue Dimension rechter Gewalt dar. Hier wurde bewusst Jagd auf Andersdenkende gemacht und die brutale Auseinandersetzung mit der Polizei gesucht.

Den **verletzten Polizeibeamten** und den **verletzten Bürgern**, gehört unsere Anteilnahme. Ihnen gilt unser Wunsch nach baldiger Genesung und unser Dank dafür, dass sie das Recht, sich friedlich zu versammeln, geschützt bzw. genutzt haben. Wir verbinden dies mit der klaren Erwartung, dass die Schläger und Gewalttäter nach Recht und Gesetz zur Verantwortung gezogen werden. **Wir sind tolerant, aber wir dulden keine Gewalt!**

Abbau von 790 Stellen im Bereich der Polizei zurücknehmen; schwächt die Polizeiarbeit bis hinein in die Staatsschutzabteilungen

Anrede

Wann, wenn nicht jetzt ist die Stunde des entschiedenen politischen Handelns gekommen?

Zurecht wird beklagt, dass man mit pädagogischen Konzepten allein überzeugten Gewalttätern nicht beikommen kann.

Zurecht wird ein Mantra der Politik kritisiert, wenn auf klare Worte nicht auch entschiedenes Handeln folgt.

In der Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus nützt es nichts,

- wenn der Generalsekretär der CDU dem Innenminister vorwirft, die Polizei angeblich zur Passivität anzuhalten.

In der Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus nützt es nichts,

- wenn der Generalsekretär FDP daraufhin erklärt, der Vorstoß des Generalsekretärs der CDU sei dem Wahlkampf geschuldet und noch hinterherschickt – Zitat aus den Westfälischen Nachrichten vom 5.5.: „Ich kann den Herrn Kollegen Wüst nicht ernst nehmen – einmal mehr nicht.“

Das sind Kindereien.

(Ziehen sie die politischen Kindersoldaten zurück; schauen sie nicht nur auf ihre schmelzende Stammklientel sondern auf alle Bürger in diesem Land)

In der Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus nützt es überhaupt nichts, wenn sich schwarz-gelb darum streiten, wer denn nun die Novelle des Polizeigesetzes verzögert.

Der Auseinandersetzung mit dem Extremismus nützt es auch nicht, wenn einige aus der CDU Körting sagen, aber Wolf meinen.

Der Streit in der Koalition hilft unserem Land nicht weiter.

Wir fordern von der Landesregierung, dass sie dem nächsten Plenum des Landtags ein **Handlungskonzept für Demokratie und gegen Extremismus** vorlegt. Wir bieten ihnen in der Tradition der von allen Fraktionen getragenen **Entschließung vom Dezember 2007** eine konstruktive Zusammenarbeit an. Die neue Qualität rechtsextremer Gewalt erfordert die gemeinsame Antwort aller Demokraten in diesem Haus.

In einem solchen Handlungskonzept sollte das Leitbild für die Auseinandersetzung mit Gewalt und Rechtsextremismus, Strategien und Schwerpunkte beschrieben und werden. Sein hauptsächliches Ziel sollte in einer kontinuierlich angelegten Arbeit von

Staat und Gesellschaft für Demokratie und gegen Extremismus liegen. Den die neue Qualität des Rechtsextremismus verlangt eine gesamtgesellschaftliche Antwort.

Zweitens.

Wir schlagen vor, den **Landespräventionsrat** bei der Landesregierung um eine Überprüfung der präventiven Arbeit zu bitten und ihn zu beauftragen, Vorschläge zur Verbesserung zu machen. Dafür muss er auf gesunde finanzielle Füße gestellt und um weitere Experten aus der Wissenschaft und zivilgesellschaftlichen Gruppen ergänzt werden.

Drittens.

Wir schlagen den Aufbau eines landesweiten **Beratungsnetzwerks** vor. In diesem Netzwerk sollen staatliche Kooperationspartnern (u.a. der Verfassungsschutz, die Polizei, die Justiz, das Schulministerium, aber auch der Integrationsbeauftragte des Landes) und nicht-staatlichen Kooperationspartnern (wie der DGB, die Kirchen, der Verein Gegen Vergessen e.V. , der Weiße Ring) zusammen arbeiten. Das Beratungsnetzwerk sollte aus dem gemeinsame Handlungskonzept einen Prioritäten- und Maßnahmenkatalog erstellen.

Drittens.

Wir schlagen vor, eine **Koordinierungsstelle "Für Demokratie, gegen Rechtsextremismus"** bei der Landesregierung einzurichten. Die Koordinierungsstelle soll

- den Maßnahmenkatalog mit abarbeiten, indem sie
- ressortübergreifenden Vorhaben im Zusammenhang mit der Umsetzung des Handlungskonzepts koordiniert
- Sie soll die landesweite Entwicklung von Strategien gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit auf örtlicher Ebene unterstützen, indem sie die Zusammenarbeit mit regionalen Akteuren, Partnern, Initiativen und Bündnissen sucht.

Die **Koordinierungsstelle** übernimmt im Rahmen des Bundesprogramms „...“ die Aufgaben einer **Landeskoordinierungsstelle** und kann für alle oben benannten krisenhaften Situationen als Erstkontaktstelle angesprochen werden.

Viertens.

Wer auf die neue Qualität des Rechtsextremismus glaubwürdig reagieren will, muss Geld zur Verfügung stellen. Wir bieten ihnen an, gemeinsam ein **landeseigenes Förderprogramm** aufzulegen.

Fünftens.

Aus dem Bundeshaushalt fließen zeitlich befristet Projektmittel ins Land. Um diese Mittel auf Dauer zu sichern und zu verstetigen, fordern wir die Landesregierung auf sich mit uns für die Einrichtung einer **Bundesstiftung** einzusetzen, die das ehrenamtliche Engagement fördert.

Anrede

Sie haben gehört, worauf wir besonders abzielen:

- Wir wollen gemeinsame Anstrengungen des Staates und der Zivilgesellschaft.
- Wir wollen eine bessere Vernetzung und Abstimmung staatlichen und bürgerschaftlichen Engagements.
- Wir wollen die Landesebene zu einem Vorbild für lokales Handeln machen.
- Und wir wollen alle Bürgerinnen und Bürger des Landes zu Verantwortung und Mitgestaltung ermutigen.

Denn die starke und lebendige Demokratie muss Tag für Tag ge- und erlebt werden.